

Wie haben sich die ausländischen Unionsbürger bei der Oberbürgermeisterwahl am 18. Oktober 1998 in Freiburg beteiligt?

1. Das neue kommunale Wahlrecht für EU-Bürger und -Bürgerinnen

Seit 1.12.1995 können Unionsbürger in Baden-Württemberg an kommunalen Wahlen und Abstimmungen in ihrer Wohnsitzgemeinde teilnehmen. Diese Gleichstellung von in- und ausländischen EU-Bürgern bei Kommunalwahlen ergibt sich aus der gemeinsamen Unionsbürgerschaft und ist ein Schritt in Richtung der sozialen und politischen Integration aller EU-Bürger und -Bürgerinnen.

Eine erste Gelegenheit, das neue Wahlrecht auszuüben, ergab sich für die in Freiburg wohnenden EU-Ausländer/innen bei der Oberbürgermeisterwahl 1998; die nächste wird die Gemeinderatswahl im Oktober dieses Jahres sein.

2. Die wahlberechtigten ausländischen Unionsbürger/innen bei der Oberbürgermeisterwahl 1998 in Freiburg

Insgesamt waren 5 912 EU-Ausländer/innen wahlberechtigt; das sind 4,2 % aller Wahlberechtigten. Von den 5 912 Wahlberechtigten waren 3 144 männlich und 2 768 weiblich.

Nach dem Alter ergab sich folgende Gliederung:

Altersgliederung	Wahlberechtigte		
	EU-Ausländer/innen		insges.
	Zahl	%	%
18 bis unter 25	914	15,5	10,6
25 bis unter 35	1 839	31,1	22,1
35 bis unter 45	1 231	20,8	19,1
45 bis unter 60	1 325	22,4	20,8
60 und mehr	603	10,2	27,4

Über ein Drittel aller wahlberechtigten EU-Ausländer/innen waren Italiener/innen. Die nächstgrößeren Nationalitätengruppen waren Franzosen, Spanier, Portugiesen und Österreicher.

Die Nationalitätenstruktur der wahlberechtigten EU-Ausländer/innen
bei der Oberbürgermeisterwahl 1998 in Freiburg

Nationalität	Zahl	Anteil (%)	Nationalität	Zahl	Anteil (%)
Belgien	40	0,7	Luxemburg	54	0,9
Dänemark	40	0,7	Niederlande	139	2,4
Finnland	62	1,0	Österreich	425	7,2
Frankreich	1 135	19,2	Portugal	519	8,8
Griechenland	262	4,4	Schweden	107	1,8
Irland	77	1,3	Spanien	519	8,8
Italien	2 233	37,8	Großbritannien	300	5,1

3. Die Wahlbeteiligung der ausländischen Unionsbürger/innen

Bei der Oberbürgermeisterwahl machten insgesamt 48,6 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei den Deutschen betrug die Wahlbeteiligung 49,5 %, bei den EU-Ausländern 28,6 %. Mit anderen Worten: Mehr als jede(r) vierte Ausländer/in ging zur Wahl. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren dies 1 689 Wählerinnen und Wähler von insgesamt 5 912 wahlberechtigten EU-Ausländern. Von den 1 689 Wählerinnen und Wählern gaben 1 498 im Wahllokal ihre Stimme ab, 191 per Wahlbrief (11,3 %).

Wie ist diese Wahlbeteiligung von 28,6 % der hier lebenden EU-Ausländer/innen zu bewerten? Ist sie hoch oder niedrig? Die Beurteilung hängt ganz von der Perspektive und den benutzten Maßstäben ab. Zunächst ist es verständlich, daß die EU-Ausländer/innen weit weniger häufig zur Wahl gehen als die Freiburger deutscher Nationalität. Die Ausländer/innen haben meist nicht nur einen kurzfristigeren Aufenthalt in Freiburg, sondern sie sind in der Regel auch weit weniger politisch, kulturell und gesellschaftlich integriert. Die Beteiligungsquote von "nur" 28,6 % relativiert sich noch weiter, wenn man die Wahlbeteiligung bei der Oberbürgermeisterwahl in Freiburg mit der Wahlbeteiligung der wenigen anderen Wahlen vergleicht, für die entsprechende Vergleichszahlen vorliegen.

Art der Wahl	Wahlbeteiligung (%)	
	Ausländer	insgesamt
Ausländerbeirat in Freiburg 4.12.1994 ¹⁾	9,3	–
Kommunalwahl Berlin 1995 ²⁾	23,5	67,6
OB-Wahl Konstanz 1996 ²⁾ (Urnenwahl)	15,2	48,2
OB-Wahl Stuttgart 1996 ²⁾		
1. Wahlgang	21,5	53,2
2. Wahlgang	18,6	53,9
OB-Wahl Freiburg 18.10.1998	28,6	48,6

¹⁾ Bei der Ausländerbeiratswahl waren neben den EU-Bürgern auch andere Ausländer/innen wahlberechtigt.

²⁾ Thomas Schwarz: Das neue Wahlrecht für Unionsbürger und seine Inanspruchnahme; in: Kommunal Praxis Baden-Württemberg. Heft 5/97.

4. Die Wahlbeteiligung einzelner Gruppen der EU-Ausländer/innen

- Frauen gingen häufiger zur Wahl als Männer. Die Beteiligungsquote der Ausländerinnen lag bei 30,0 %, die der ausländischen Männer bei 27,0 %.
- Von den verschiedenen Altersgruppen beteiligten sich die 50- bis 60jährigen am eifrigsten an der Wahl (Wahlbeteiligung 40,2 %), am wenigsten die 21- bis 25jährigen (11,8 %).
- Von den einzelnen Nationalitätengruppen stechen die Dänen mit der höchsten und die Portugiesen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung hervor. Man darf allerdings die Ergebnisse aufgrund der kleinen Ausländerzahlen in einzelnen Nationalitätengruppen nicht überbewerten.

Wahlbeteiligung der EU-Ausländer/innen bei der Oberbürgermeisterwahl 1998 in Freiburg

	Wähler/ -innen	Wahlbe- teiligung %	Staatsangehörigkeit	Wähler/ -innen	Wahlbe- teiligung %
Geschlecht			Belgien	15	37,5
männlich	849	27,0	Dänemark	18	45,0
weiblich	840	30,0	Finnland	26	41,9
			Frankreich	377	33,2
Alter			Griechenland	76	29,0
18 bis unter 21 Jahren	27	12,7	Irland	15	19,5
21 bis unter 25 Jahren	83	11,8	Italien	599	26,8
25 bis unter 30 Jahren	204	20,3	Luxemburg	14	25,9
30 bis unter 35 Jahren	209	25,1	Niederlande	57	41,0
35 bis unter 40 Jahren	223	33,2	Österreich	155	36,5
40 bis unter 45 Jahren	191	34,2	Portugal	90	17,3
45 bis unter 50 Jahren	196	39,0	Schweden	26	24,3
50 bis unter 60 Jahren	331	40,2	Spanien	135	26,0
60 bis unter 70 Jahren	141	38,3	Großbritannien	86	28,7
70 Jahre und älter	84	35,7			

Am wenigsten beteiligten sich die ausländischen Unionsbürger/innen in den Stadtbezirken Brühl-Industriegebiet (92,7 % Nichtwähler/innen), Hochdorf (83,4 %), Betzenhausen-Bischofs-
linde (82,3 %), Altstadt-Mitte (80,9 %) und Rieselfeld (80,2 %), am häufigsten in Randgemein-
den wie Ebnet (46,2 % Nichtwähler/innen), Waltershofen (52,0 %), Opfingen (52,2 %), Tiengen
(59,9 %).

5. Wie wurden die EU-Ausländer/innen informiert?

Im Mittelpunkt der städtischen Informationspolitik stand die Unterrichtung aller wahlberechtigten EU-Ausländer/innen durch eine mehrsprachige Broschüre, die fast gleichzeitig mit den Wahlbenachrichtigungen postalisch zugestellt wurde. Darin wurden die Wahlberechtigten sowohl über das Wahlrecht informiert als auch über die Aufgaben und die Rechtsstellung des Oberbürgermeisters. Weiterhin gab es von seiten der Stadt auch aufklärende Hinweise im Internet und in den 'StadtNachrichten'. Die städtischen Aktivitäten wurden durch Aktionen verschiedener Institutionen wie Ausländerbeirat, politische Parteien etc. ergänzt.

R. Tressel / Th. Willmann